

**GENUG GEWARTET:**

**WIR PACKEN'S AN!**

# Bundeswahl- programm 2025

## **Freiheit**

- 2 Schulautonomie
- 3 Bildungsservice statt Bildungsdirektion
- 4 Zusammenarbeit stärken
- 4 Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen
- 5 Freiheit für Schüler:innen
- 6 Individueller Bildungsweg
- 6 Matura

## **Chancengerechtigkeit**

- 7 Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung
- 7 Finanzierung durch Bildungsschecks
- 8 Ganztagschule
- 9 Gleichberechtigung in der Schule
- 10 Integration als Chancenmotor
- 12 Förderungen für jeden
- 13 Mentale Gesundheit

## **Mündigkeit**

- 14 Politische Mündigkeit
- 15 Wirtschaftliche Mündigkeit
- 15 Religiöse Mündigkeit
- 16 Sexuelle Mündigkeit
- 17 Digitale Mündigkeit
- 18 Mündige Drogenaufklärung
- 19 Zentrale Mittlere Reife als Startschuss in ein mündiges Leben

## **Demokratie & Transparenz**

- 19 Schulinterne Schüler:innenbeteiligung
- 20 Allgemeines Wahlrecht für die LSV-Wahlen
- 20 Aufwertung des Ö-SiP
- 21 Anfragerecht für jedes SiP
- 21 Demokratisierung der Direktion
- 22 Schulvergleiche ermöglichen
- 22 Anonymisiertes Lehrer:innenfeedback
- 22 Gläsernes Budget

JUNOS Schüler:innen ist kein Selbstzweck. Uns geht's nicht einfach darum, große Partys zu veranstalten. Uns geht's nicht darum, einfach nur ein großer Freundeskreis zu sein. Uns geht's nicht darum, eine weitere Sandkiste für die Politiker:innen von morgen zu sein. Uns geht's darum zu gestalten. Wir treten mit Inhalten an.

Wir haben uns gegründet, weil es so nicht mehr weitergehen kann. Weil es endlich eine echte liberale Bildungspolitik braucht. Weil es eine Schule braucht, die uns zu wirklich zu freien, mündigen und selbstbestimmten Bürger:innen macht. Weil wir kein Schulsystem wollen, dass seine Schüler:innen nur in Schubladen steckt und hemmt, anstatt sie mit den Chancen auszustatten, die sie für ein freies Leben brauchen. Weil es im österreichischen Bildungssystem nicht mehr, sondern weniger Vorschriften braucht. Weil Demokratie und Transparenz für uns selbstverständlich sind.

Unser Ideal für die Schule lässt sich auf eine zentrale Idee herunterbrechen: Uns geht es um eine Schule der Freiheit. Eine Schule, die uns zu selbstbestimmten Bürger:innen macht. Eine Schule, die uns gerechte Chancen bietet. Eine Schule, die Freiheit auf allen Ebenen ermöglicht.

Dieses Programm geht mit einem Anspruch einher. Wir wollen die Landeschüler:innenvertretungen und die Bundeschüler:innenvertretung endlich zum Motor der Veränderung im Bildungssystem machen. Wir wollen, dass sich die Schüler:innenpolitik nicht durch den dreckigsten Wahlkampf auszeichnet, sondern durch die größten Ideen. Und genau solche Ideen wollen wir im ersten Teil dieses Wahlprogramms vorlegen. Um ein echter Motor der Veränderung zu sein, reicht es aber nicht, nur große Visionen aufzuzeigen. Wir wollen in den Landeschüler:innenvertretungen auch konkrete Projekte umsetzen. In allen neun Bundesländern haben wir also Projekte festgelegt, die wir mit einer Mehrheit in der Landeschüler:innenvertretung von Tag eins an umsetzen wollen. Jetzt bist du am Zug: Du kannst mit JUNOS Schüler:innen für Fortschritt statt Stillstand sorgen und somit einen Zukunftsmotor in deine LSV bringen!

## Freiheit

Unsere Vision ist eine Schule der Freiheit. Um das Beste aus unserem Bildungssystem herauszuholen, braucht es Autonomie und Gestaltungsfreiraum. Diese Freiheit braucht es sowohl für die Schüler:innen selbst als auch den Schulstandort. Das österreichische Bildungssystem muss vielfältiger werden, um sich an die Bedürfnisse der Schüler:innen anpassen zu können. Um diese Individualität zu gewährleisten, muss echte Schulautonomie ermöglicht werden. Die Schule vor Ort weiß nicht nur am besten, was sie braucht, sondern auch, was sie sein will.

## Schulautonomie

Unsere Vision ist eine Schule der Freiheit. Um das Beste aus unserem Bildungssystem herauszuholen, braucht es Autonomie und Gestaltungsfreiraum. Diese Freiheit braucht es sowohl für die Schüler:innen selbst als auch den Schulstandort. Das österreichische Bildungssystem muss vielfältiger werden, um sich an die Bedürfnisse der Schüler:innen anpassen zu können. Um diese Individualität zu gewährleisten, muss echte Schulautonomie ermöglicht werden. Die Schule vor Ort weiß nicht nur am besten, was sie braucht, sondern auch, was sie sein will.

- Wir fordern, dass den einzelnen Schulen volle Personalhoheit zugestanden wird. Ein objektivierbares und bei Möglichkeit anonymisiertes Rahmenverfahren soll hierfür herangezogen werden, um gegen Rassismus und andere subjektive Wahrnehmung im Einstellungsprozess vorzugehen. Dabei sollen die Schüler:innenvertreter:innen im Bewerbungsverfahren involviert sein, nach verpflichtender Aufklärung durch die Direktion über den Prozess einer Bewerbung und genug Informationen, sowie Aufklärung über das Tätigkeitsprofil der gesuchten Lehrkraft.

- Wir fordern, dass Schulen auch autonom die Möglichkeit haben, ihre eigenen Wege bei der Lehre zu gehen. Solange auf das gemeinsame Ziel der Matura hingearbeitet wird, soll jeder Standort die Möglichkeit bekommen, die Fächerstruktur aufzubrechen und Neueinteilungen vorzunehmen. Dies soll im SGA entschieden werden. Hierzu sollen stichprobenartig Kontrollen der Bildungsdirektion im jeweiligen Bundesland stattfinden, um einen konformen Ablauf zu gewährleisten.

## **Bildungsservice statt Bildungsdirektion**

Die Bildungsdirektionen sind derzeit mit sehr viel Macht ausgestattet. Sie vollziehen das gesamte Schulrecht in ihrem Bundesland, vollziehen also zum Beispiel das Dienstrecht gegenüber dem Lehrkörper und den Direktor:innen und zeichnen verantwortlich für die Organisationsformen der Schulen. Viel zu oft liegt es an der viel zu politisierten Bildungsdirektion, die Schulen zu kontrollieren - oder vielmehr einzuschränken. Ein echtes und mutiges Autonomiepaket würde ihnen diese Kompetenzen nehmen. Wir wollen sie von einem Kontrollorgan zu einem Serviceorgan machen.

- Wir fordern, dass die neuen Bildungsservices mit einem breiten Fortbildungsangebot für Lehrkräfte und Direktionen den Schulen unter den Arm greifen sollen. Sie sollen dabei neuartige pädagogische Konzepte weiterreichen und unter den betroffenen Stakeholder:innen verbreiten - das kann zum Beispiel auch die Schüler:innenvertreter:innen betreffen.
- Wir fordern, dass die neuen Bildungsservices auch über ein Budget verfügen sollen, um innovative Projekte an Schulen zu fördern. Hierbei gilt es vor allem, bestehende Erfolgsbeispiele herauszugreifen und dabei mitzuhelfen, sie in weiteren Schulen zu implementieren.

Dadurch können die neuen Bildungsservices zu wirkmächtigen Innovationstreibern im österreichischen Bildungssystem werden - und neben mehr Wettbewerb und Autonomie einen zentralen Platz in einem leistungsfähigeren System einnehmen.

## **Zusammenarbeit stärken**

Gerade im Rahmen eines echten schulautonomen Systems dürfen die Schulen nicht zu abgeschotteten Burgen werden. Zusammenarbeit ist hier essenziell. Das Modell des Schulclusters empfiehlt sich hier besonders.

- Wir fordern, dass Schulen Cluster bilden sollen. Dabei handelt es sich um eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Standorten, die dazu führt, dass Schüler:innen einen Teil des Unterrichts in einer anderen (Partner-)Schule erfahren können. Ein solcher Cluster sollte nur der Genehmigung der beteiligten SGAs bedürfen.

## **Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen**

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur:innen rund um die Schule einbindet und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzen, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln.

- Wir fordern ein Belohnungssystem: Schulen, die ihre Emissionen von einem Jahr aufs Nächste besonders stark senken konnten, werden dafür finanziell belohnt. Zugleich sollen die Schulen mit den höchsten Emissionen direkt von Expert:innen des Bildungsministeriums dabei unterstützt werden, ihre Emissionen nachhaltig zu senken.

## Freiheit für Schüler:innen

Schüler:innen werden in ein jahrzehntealtes Korsett an Fächern gepresst, ohne dabei eine Möglichkeit zu haben, ihre individuellen Stärken wirklich zu fördern. Es gibt zwar gewisse Grundfähigkeiten, welche alle Schüler:innen besitzen sollte, aber dieses Mindestmaß spiegelt sich mit Sicherheit nicht in dem heutigen Ausmaß an vorgeschriebenen Stunden wider. Wenn Schüler:innen nach der Schule verantwortungsbewusste Personen sein sollen, muss man ihnen auch schon in der Schule Verantwortung geben.

- Wir fordern die Einführung eines modularen Systems mit Grundkursen, die jede:r Schüler:in absolviert und darauf aufbauend frei wählbare Fächer. Konzepte wie Clusterschulen erachten wir in diesem Zusammenhang für sinnvoll. Schüler:innen müssen nicht zwingend in dieselbe Schulstufe gehen und dasselbe Alter haben, um einen gewissen Unterricht zu besuchen. Einzig das bisher vorhandene Wissen soll entscheidend sein.
- Wir fordern, dass Schüler:innen in der Oberstufe ab einer gewissen Leistung vom Unterricht fernbleiben dürfen, um ihnen mehr Freiheit zu geben.
- Wir fordern, dass es Schüler:innen leichter gemacht wird, eigene Clubs zu Themen ihrer Wahl zu gründen. Diese Clubs sollen auch die Möglichkeit haben, von der Schule und vom Bildungsministerium finanziell unterstützt werden, damit die Schüler:innen gelegentlich Ausflüge oder Sonstiges machen können. Für die Schule und das Bildungsministerium allerdings bleibt es natürlich möglich, nachzuverfolgen, wohin das Geld investiert wurde. Clubs soll die Möglichkeit gegeben werden, landesweit zu agieren und sich mit anderen Schulen zusammenzuschließen.

- Wir fordern, dass Schüler:innen vermehrt dabei unterstützt werden, an Programmen wie Erasmus+ teilzunehmen. Das Programm Erasmus+ unterstützt schulische Institutionen dabei, Schüler:innen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wodurch sowohl Vielfalt, Nachhaltigkeit, digitale Bildung und Inklusion als auch das Lernen von Sprachen gefördert werden. Schüler:innen und Lehrkräfte sollten verstärkt über das bestehende Angebot informiert werden. Zusätzlich gilt es, ökonomisch schwächere Schüler:innen bei einem solchen Aufenthalt finanziell zu unterstützen.
- Wir fordern, dass Schüler:innen vermehrt Aufgaben selbstständig und eigenverantwortlich abseits des starren Frontalunterrichts erledigen. Besonders wichtig sind hier Gruppenarbeiten, um Teamfähigkeit und Organisation besser zu erlernen.

## Individueller Bildungsweg

Oftmals wird der Bildungsweg für Schüler:innen vorgegeben. Die Wahlmöglichkeiten sind oft sehr eingeschränkt. Es muss klar sein, dass es nicht den einen richtigen Bildungsweg gibt.

- Wir fordern, dass die Lehre aufgewertet wird und spätestens in der Oberstufe über die Wahlmöglichkeiten, wie beispielsweise das Studium, vermehrt aufgeklärt werden. Dazu gehört aber auch, vielfältigere Bildungswege zu schaffen.

## Matura

Die Matura wird oft als Schlüssel zum Leben in Freiheit gesehen. Dazu gehört aber, dass diese zentralisierter wird und aufgewertet wird.

- Wir fordern eine wirklich zentrale Matura. Die Korrektur hat von einer Lehrkraft einer anderen Schule vorgenommen zu werden, und die Arbeiten müssen anonymisiert werden. Die Matura soll auch die erbrachten Leistungen der Oberstufe berücksichtigen. Hier gilt es eine stichprobenartige Kontrolle der Benotung durchzuführen.

## Chancengerechtigkeit

Die Schule muss, davon sind wir überzeugt, jedem:r Schüler:in die Chancen bieten, die er oder sie braucht, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Solange sie diese fundamentale Anforderung nicht erfüllen kann, reproduziert sie immer neue Ungerechtigkeiten.

## Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung

Das österreichische Schulsystem ist heute leider ein Zwei-Klassen-System. Mit dem Ende der Volksschule werden die Schülerinnen und Schüler zugeteilt. Dieser Zeitpunkt der Trennung ist unseres Erachtens nach viel zu früh. Um diese viel zu frühe und strikte Trennung zu entschärfen, braucht es eine differenziertere und gerechtere Lösung.

- Wir fordern also eine gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung in der Sekundarstufe I. Wir schlagen ein hybrides Modell vor: Ein gewisser Teil der Stunden geschieht in der großen Gruppe, der Klasse, und ein weiterer, bestenfalls sogar größerer Teil der Stunden wird in Kleingruppen absolviert. Die Stunden in der Klasse dienen sozusagen als Grundstock der Wissensvermittlung und stellen ein verbindliches Niveau dar, das alle Schüler:innen beherrschen sollen. Die Vertiefung bzw. Erweiterung der Inhalte geschieht in den Kleingruppen, in denen es auch möglich sein soll, je nach Interesse der Schülerinnen und Schüler weiterzuarbeiten. Auch das Aufholen von Rückständen und Lerndefiziten ist im Rahmen der Lerngruppen möglich. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der Grundsatz von so viel Schulautonomie wie möglich und so wenig Zentralisierung wie nötig gelten soll.

## Finanzierung durch Bildungsschecks

Schulen müssen ein Interesse daran haben, Schüler:innen von ihren Leistungen zu überzeugen. Sich stetig zu verbessern, Neues umzusetzen und Vorreiterrollen einzunehmen, muss zur Aufgabe einer jeden Schule werden und soll gewährleisten, dass wir Bildungsstätten, statt Betreuungsstätten schaffen.

Es braucht den Wettbewerb zwischen den Schulen, um die besten Ideen hervorzubringen und das geht nur über das Prinzip von Angebot und Nachfrage.

- Wir fordern, dass jeder Mensch zwischen dem 2. und dem 20. Lebensjahr (bis zur vollendeten Volljährigkeit via seinen Erziehungsberechtigten, darüber hinaus direkt selbst) einen Bildungsscheck erhält. Dieser kann in jeder Bildungseinrichtung inklusive elementarpädagogischen Einrichtungen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen jeglicher Art sowie Kursen eingelöst werden. Dabei sind sowohl private als auch öffentliche Träger inkludiert. Anteilig soll jene Summe des Schulbudgets geteilt durch die Anzahl der Schüler:innen, die Höhe der Schecks ausmachen. Hierbei gilt es das Bildungsbudget grundsätzlich auf 6,5% des BIP zu erhöhen.
- Wir fordern, dass Schüler:innen mit mehr Förderbedarf, sprich jene mit zum Beispiel nicht-deutscher Muttersprache oder solchen aus bildungsferneren Familien, anteilig einen höheren Bildungsscheck ausgezahlt wird.

Mit diesen Mehreinnahmen können Schulen innovative Projekte, mehr Personal und Einzelmaßnahmen für eine chancengerechte Schule bereitstellen. Diese können beispielsweise in Absprache mit Expert:innen individuell adaptiert werden. Gleichzeitig führt diese Maßnahme dazu, dass Schulen keine direkten Nachteile dadurch erleiden, wenn diese Schüler:innen mit mehr Förderbedarf unterrichten. Das führt wiederum zu einer erhöhten sozialen Durchmischung. Auch können einzelne Standorte mit erhöhtem Bedarf besonderes Know-How in dem Bereich aufbauen und praxisorientiert Vorreiterpositionen einnehmen.

## Ganztagschule

Für uns heißt Chancengerechtigkeit auch, dass der Bildungsgrad nicht nur von dem der Eltern abhängt. In einem chancengerechten Bildungssystem soll der Bildungsgrad der Eltern genau so wenig eine Rolle spielen wie deren finanzielle Ressourcen.

- Wir fordern daher die flächendeckende Einführung der Ganztagschule in Österreich. Diese soll absolut kostenfrei sein. Eine Ganztagschule muss jedoch auch auf die Bedürfnisse der Schüler:innen eingehen, und mehr als eine reine Betreuungsstätte sein. Denn eine Schule kann nur dann eine echte Schule sein, wenn die Schüler:innen sie nicht als Zwang und Einengung erleben. Deshalb dürfen die Schüler:innen nicht zu stundenlangen Frontalunterricht gezwungen werden. Im Sinne der Schulautonomie, soll es dennoch möglich sein in begründeten Fällen das Modell der Halbtagschule zu wählen.

## Gleichberechtigung in der Schule

Bildung als Motor für gesellschaftliche Entwicklung spielt eine bedeutsame Rolle – nur wenn bereits Kinder für Gleichberechtigung sensibilisiert werden, frei von Stereotypen und Geschlechterklischees sowie ohne Tabus aufwachsen, kann das Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft erreicht werden.

- Wir fordern also, dass das didaktische Prinzip der Geschlechtssensibilität vermehrt im Lehramtsstudium thematisiert wird und durch Fortbildungen zunehmend Einzug in österreichische Klassenzimmer erhält. Dabei spielt die Thematisierung von “rolemodels” und die Distanzierung von Rollenklischees eine wichtige Rolle.
- Wir fordern, dass der Sportunterricht nicht mehr geschlechtergetrennt abläuft, sondern dieser grundsätzlich koedukativ gestaltet wird. In gewissen Situationen muss es jedoch differenzierte Ansätze geben, um auf alle Interessen acht zu geben. Im gemeinsamen Turnunterricht sollen auch zwei Lehrer:innen unterrichten. Beide sollten nicht das gleiche Geschlecht haben, um allen Schüler:innen eine Ansprechperson zu bieten.
- Wir fordern eine grundsätzliche Verankerung der Geschichte des Feminismus im Lehrplan und eine gleichberechtigtere Darstellung beider Geschlechter in der Geschichte.

- Wir fordern, dass Schüler:innen Informationen darüber erhalten, wo sie Geschlechterdiskriminierung seitens Lehrer:innen melden können. Sollte es keine Meldestelle geben, soll eine geschaffen werden.

## Integration als Chancenmotor

Ein wirklich funktionierendes Zusammenleben kann nur zustandekommen, wenn Integrationsmaßnahmen nicht von oben herab vorgeschrieben werden. In diesem Sinne setzen wir auch nicht auf Top-Down-Maßnahmen, um Integration in den Schulen „vorschreiben“, sondern wollen die Schulen ermutigen, eigene Wege zu gehen.

- Wir fordern, dass die Schulen in eigenen Integrationsplänen selbstständig Maßnahmen definieren, um das Ziel einer gelungenen Integration aller Schüler:innen in das Schulleben zu erreichen. Dabei sollen Expert:innen des Bildungsministeriums unterstützen und evaluieren. Es ist hierbei elementar, dass die Direktionen und SGA Mitglieder über ausreichend Kompetenz beim Thema Integration verfügen, dies soll unter anderem durch Schulungen erreicht werden.
- Wir fordern, dass Schulen dabei unterstützt werden, beim Fremdsprachenunterricht zu kooperieren, um so das Fremdsprachenangebot zu erweitern. So kann das Verständnis für verschiedene Kulturen erweitert werden.
- Wir fordern statt pauschalisierenden Deutschförderklassen individuelle Deutschförderung. In diesem Zusammenhang fordern wir ein Stufen-Modell, damit die Deutschförderung an das individuelle Deutschniveau angepasst werden kann.
- Wir fordern, dass Lehrkräfte gezielt zum Thema Integration in der Schule ausgebildet werden. Darüber hinaus braucht es eine Kampagne, die darauf abzielt, mehr kulturelle, sprachliche, soziale und geschlechtliche Diversität ins Lehrpersonal zu bringen.

Sollten Schüler:innen bereits menschenfeindliches Gedankengut haben und dies propagieren, braucht es härtere Konsequenzen. Wir JUNOS Schüler:innen sind überzeugt davon, Intoleranz niemals mit Toleranz begegnen zu dürfen.

- Wir fordern härtere Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler, die antisemitisches, homophobes oder anderes extremistisches Gedankengut an den Tag legen. Bei wiederholten Vergehen sind Workshops anzuordnen und die Kosten dieser von der Schüler:in bzw. der Eltern zu tragen. Gleichzeitig soll in der Schule über die Strafmündigkeit aufgeklärt werden, als auch Informationen über die Rechtslage ad Diskriminierung vermittelt werden. Der Religionsunterricht kann unheimlichen Schaden anrichten, wenn Lehrpersonen unkontrolliert demokratiefeindliches und ausgrenzendes Gedankengut propagieren können. Aufgrunddessen sehen wir eine Abschaffung des Religionsunterrichts bis zum 14. Lebensjahr als nötig, kurzfristig braucht es hier aber stärkere und vor allem funktionierende Kontrolle.
- Wir fordern eine echte Überwachung des Religionsunterrichts von einer unabhängigen Stelle, statt von den Glaubensgemeinschaften selbst, damit Radikalisierung nicht im Klassenzimmer stattfinden kann.

Um den immer größer werdenden Herausforderungen beim Thema der Integration gerecht zu werden, braucht es ein klares Aufzeigen von Grenzen sowie funktionierende Integration vor allem im Zusammenhang mit der Religion. Für uns ist klar, dass die Religionsfreiheit zu gelten hat. Für uns ist aber auch klar, dass die Religionsfreiheit niemals Diskriminierung, gewalttätiges Verhalten und ähnliche menschenfeindliche Aktionen rechtfertigt. Immer mehr sogenannte "Online-Prediger" erklären Jugendlichen Religion und stiften sie zu Homophobie und Frauenverachtung an. Hier braucht es starke Medienkunde. Weiters stehen wir JUNOS Schüler:innen zu unserer liberalen und demokratischen Gesellschaft.

Um Demokratiefeindlichkeit zuvorzukommen und um in Härtefällen eingreifen zu können, braucht es ernstzunehmende Demokratiebildung sowie politische Bildung für alle in der Schule.

- Wir fordern ein Fach, in dem echte Demokratiebildung und politische Bildung unterrichtet wird.

## Förderungen für jede:n

In diesem Jahrhundert kann es nicht sein, dass Schüler:innen mit Behinderung unzureichend individuell gefördert werden. Es braucht hier größtmögliche Freiheit durch Inklusion, statt Separation.

- Wir fordern, dass mit künftigen Um- und Neubauten, Schulen barrierefrei gemacht werden und Schulen, die gerade nicht barrierefrei sind, oder nicht über die technische Infrastruktur verfügen, vom Bildungsministerium angeregt und gefördert werden, dies zu ändern.
- Wir fordern, dass Sonderschulen für alle Schüler:innen geöffnet werden und dass es langfristig keine Sonderschulen mehr gibt bzw. jede Schule eine solche wird. Dadurch wird jede Schule, auch jede derzeitige Sonderschule, automatisch zu einer inklusiven Schule, die jede:r besuchen kann.
- Wir fordern die Einführung eines Inklusionsbonus im Rahmen eines transparenten Chancenindex für die Finanzierung von Schulen. Expert:innen sollen hierbei die Höhe der Boni auf Basis von verschiedenen Faktoren (z.B. Grad der Behinderung, etc.) festlegen. Die Boni sollten jedenfalls an die Inflation indexiert werden.
- Wir fordern, dass allen Lehrkräften während des Lehramtsstudiums die Grundlagen der inklusiven Pädagogik vermittelt werden.
- Wir fordern, dass es genügend Weiterbildungen in Sachen inklusiver Unterricht gibt, damit auch für schon länger unterrichtende Lehrkräfte Inklusion zur Normalität wird und sie auf alle ihre Schüler:innen gebührend eingehen können.

- Wir fordern, das Recht auf ein 11. und 12. Schuljahr für Jugendliche mit Behinderung. Es kann nicht sein, dass Schüler:innen mit Behinderung dafür immer noch eine Sondergenehmigung brauchen.
- Wir fordern, dass bereits in der Volksschule Workshops, bestenfalls von externen Personen, stattfinden, um den Schüler:innen den Umgang mit dem Thema Behinderung zu lehren.

## Mentale Gesundheit

Kinder und Jugendliche sind von den Folgen der Pandemie besonders stark betroffen. Das zeigen nicht nur Berichte von Schüler:innen und Lehrpersonal, sondern auch Studien. Stand November 2021 weisen 58% der 14-20-Jährigen Depressive Symptomaten auf. Besonders dramatisch ist, dass Stand November 2021 44% der 14-20-Jährigen Suizidale Gedanken aufweisen. [Piehet al., 2021, JAMA Network Open; Dale et al. Eur Child Adolesc Psychiatry, 2022 (Online Studie, n=1.505)] Hier hat die Schule eine Mitverantwortung. Es braucht dringend staatliche Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften. So wie es in jeder Schule eine:n Schularzt bzw. Schulärztin gibt, braucht es in jeder Schule genug psychologisches und psychotherapeutisches Angebot.

- Wir fordern eine Steigerung der Menge an Schulpsycholog:innen an den einzelnen Schulen. Ziel sollte durch diese Steigerung sein, dass alle Schüler:innen regelmäßige Routineuntersuchungen bekommen.

## Mündigkeit

Schule ist kein Selbstzweck, sondern soll Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes und mündiges Leben vorbereiten. Es braucht also eine Schule der Mündigkeit. Dieser Aufgabe wird Schule derzeit nicht gerecht, deshalb braucht es mutige Forderungen, damit Schule die Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet.

## Politische Mündigkeit

Demokratie muss man lernen. Und viel zu viele heutzutage sind dabei auf sich alleine gestellt. Nur in einer Gesellschaft, in der man von klein auf Demokratie lernt, versteht, wie sie funktioniert und ihre Prinzipien verinnerlicht, ist diese wirklich sicher. Dazu gehört auch zu lernen, wie man Quellen bzw. Medien analysiert und kritisch hinterfragt. Um Demokratie und deren Institution zu verstehen, reicht es aber nicht nur darüber zu lernen, sondern man muss sie auch erleben. Zur Demokratie gehört aber genauso die eigene Vertretung, über die man in der Schule lernen sollte. Die Schüler:innenvertretung ist ein Recht, über das aufgeklärt werden muss. Und genauso viel muss über andere Rechte in der Schule aufgeklärt werden.

- Wir fordern eine echte politische Bildung, die sich viel vertiefender mit unserer Demokratie befasst, ab der 7. Schulstufe, damit auch wirklich jede:r von ihr profitieren kann.
- Wir fordern im Unterricht einen Fokus auf Institutionen-, Demokratie- und Medienkunde, um die Bürger:innen von morgen demokratiepolitisch zu bilden.
- Wir fordern, dass jede:r Schüler:in mindestens einmal während der Sekundarstufe I nach Wien und während der Sekundarstufe II nach Brüssel reisen soll, um unsere demokratischen Institutionen hautnah zu erleben. Für einkommensschwache Familien soll diese Reise leistbar gemacht werden.
- Wir fordern eine im Unterrichtsplan verankerte Aufklärung über die überschulische Vertretung LSV und BSV sowie die innerschulische Vertretung.
- Wir fordern, dass im Unterricht vermehrt Rechte unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft gelehrt werden.
- Wir fordern, dass Podiumsdiskussionen von Direktionen, Lehrkräften sowie der LSV gefördert werden, um den politischen Diskurs zu stärken. Darüber hinaus sollen für diesen Zweck auch vermehrt Diskussionsrunden im Klassenverband geführt werden.

## Wirtschaftliche Mündigkeit

Im Moment ist es leider so, dass die wirtschaftliche Bildung der Schüler:innen von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ist. Bei der großen Mehrheit der Schüler:innen kommt Wirtschafts- und Finanzbildung weiterhin zu kurz.

- Wir sind der festen Überzeugung, dass am Ende der Schulzeit alle Schüler:innen ein grundlegendes Verständnis für wirtschaftliche Fragen haben müssen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Damit Schule diesem Ziel gerecht werden kann, muss einerseits der Rahmen dafür geschaffen werden und andererseits die Methoden verändert werden.
- Wir fordern, dass das Fach "Geographie und wirtschaftliche Bildung" in der Unterstufe deutlich mehr wirtschaftliche Themen als bisher behandelt. Wir fordern, dass in der Sekundarstufe II unabhängig von "Geographie und wirtschaftliche Bildung" das Fach "Wirtschafts- und Finanzbildung" eingeführt wird, sofern spezifische Fächer dieser Art noch nicht vorhanden sind. Dabei soll auch der Rahmen geschaffen werden, tagesaktuelle wirtschaftliche Themen zu behandeln. Außerdem soll mithilfe von Tools ein effizienter und verantwortungsvoller Umgang mit Geld gelehrt werden.
- Um Gelerntes anzuwenden, fordern wir die Möglichkeit an einem längerfristigen klassen- oder schulinternes Börsenspiel teilzunehmen, um das Gelernte risikofrei in die Praxis umzusetzen.

## Religiöse Mündigkeit

Wir sind der festen Überzeugung, dass Religionen eine reine Privatsache sind. Umso mehr ist es für uns unerträglich zu sehen, wie die Schule als Projektionsfläche für Religionen aller Art genutzt wird. Für uns kann eine Schule nur dann eine echte Bürger:innenschule sein, wenn alle Religionen gleichberechtigt sind. Das Öffentlichkeitsrecht, die Anerkennung der Schule durch die Republik also, geht auch mit personeller und finanzieller Unterstützung einher.

- Wir sind ganz klar der Meinung, dass dieses Recht nur an jene vergeben werden soll, die ein religiös neutrales Schulumfeld sicherstellen können. Dabei ist dennoch zu beachten, dass für konfessionelle Privatschulen Sonderregelungen gelten sollten, da Schüler:innen sich dort bewusst dazu entscheiden in eine konfessionelle Schule zu gehen. Auch wenn wir gegen Privilegien einzelner Religionen sind, ist die Auseinandersetzung mit Religionen ein Schlüssel zu einem besseren Verständnis unserer Kultur und Geschichte und sollte daher weiterhin ihren Platz in der Schule haben.
- Wir fordern eine Koppelung des Öffentlichkeitsrechts an eine Abschaffung religiöser Symbole am Schulgelände. Davon sind konfessionelle Privatschulen ausgenommen.
- Wir fordern einen verpflichtenden Ethikunterricht an allen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht für alle Schüler:innen bis zum Erreichen der religiösen Mündigkeit (also mit 14 Jahren). In ihm sollen die Konzepte, die Auswirkungen und die Geschichte von allen Weltreligionen mit einem vergleichenden und nicht wertenden Ansatz behandelt werden. Zusätzlich soll für alle Schüler:innen weiterhin als aktive Wahl die Möglichkeit bestehen, auf freiwilliger Basis einen Religionsunterricht ihrer Wahl zu besuchen. An konfessionellen Privatschulen kann schulautonom entschieden werden, zusätzlich verpflichtenden Religionsunterricht anzubieten. Für uns ist klar, dass Schüler:innen die Freiheit haben sollten, ihre Religion ausleben zu dürfen.

## Sexuelle Mündigkeit

Sexualität ist Teil unseres Lebens. Und auf genau dieses Leben sollte die Schule vorbereiten. Umso wichtiger ist hier eine gute Sexualkunde, um das Tabu in der Gesellschaft zu brechen. Dabei soll die Schule auf ein freies und selbstbestimmtes Leben vorbereiten, welches nicht von außen negativ beeinflusst wird.

- Wir fordern, dass das Curriculum für Sexualkunde Diversität lebt. Dabei sollte sowohl über Geschlechtsidentitäten als auch Stereotype und Sexualitäten gesprochen werden. Die Aufklärung über sexuelle Gewalt, Sexismus, Fetische, Pädophilie und Pornographie sollte dabei ebenfalls Thema sein.
- Wir fordern ein sexualpädagogisches Konzept zur Umsetzung des vorgegebenen Curriculums, das von jeder Schule individuell bearbeitet werden kann. Dabei soll auf den Ausgleich von internen als auch externen Expert:innen geachtet werden.
- Wir fordern, dass das Bildungsministerium mit einer Expert:innenkommission drei Curricula, also Primarstufe, Sekundarstufe I und II, ausarbeitet. Dabei ist es wichtig, dass der Lehrplan einsehbar ist, aber Erziehungsberechtigte nicht spezifisch über den inhaltlichen Ablauf des Unterrichts informiert werden.
- Wir fordern, dass bei Fehlverhalten von internen sowie externen Personen disziplinarische Maßnahmen angewandt werden.
- Wir fordern, dass an jeder Schule die Rolle der Vertrauenspersonen, die unterschiedliche Geschlechter haben, umgesetzt wird.

## Digitale Mündigkeit

Wir können nicht unsere Augen verschließen vor neuen Technologien. Wir können nicht einfach weiter machen, wie bisher und dasselbe wie vor 50 Jahren in den Schulen lehren. Die KI-Branche entwickelt sich schon länger immer weiter, doch gerade jetzt erlebt ihre Präsenz einen Aufschwung durch künstliche Intelligenzen wie ChatGPT. Auch vor der Schule machen solche technologischen Entwicklungen keinen Halt. Wir können nicht so tun, als ob sich nichts verändert. Doch das Bildungsministerium und die Bildungsdirektionen machen nichts und verschließen ihre Augen vor der Veränderung. Schule muss Schüler:innen auch im Zukunftssektor der Digitalisierung bilden. Um die digitale Wende in der Schule zu schaffen, muss man an verschiedenen Schrauben drehen.

- Wir fordern, dass die Bildungsdirektionen und das Bildungsministerium Fort- und Weiterbildungen im Bereich KI und Digitalisierung für Lehrkräfte anbietet. Diese Fort- und Weiterbildungen sollen mit Anreizsystemen niederschwellig in den Alltag der Lehrkräfte integriert werden.
- Wir fordern, dass in der Schule verstärkt Medienkompetenzen unterrichtet werden. Dazu gehört auch zu unterrichten, wie man künstliche Intelligenzen richtig benutzt und davon nicht getäuscht wird. Dabei soll digitale Mündigkeit in den Vordergrund gestellt werden, also die Fähigkeit, digitale Informationen zu suchen, auszuwerten, kritisch zu denken und deren Quellen zu analysieren. Dafür braucht es auch ein Grundverständnis dafür, wie Informationen mit künstlicher Intelligenz generiert werden.

## Mündige Drogenaufklärung

Um Schüler:innen auch in Sachen legaler und illegaler Drogen zu wirklich mündigen und selbstbestimmten Bürger:innen zu machen, braucht es echte Aufklärung. Wir wollen Schüler:innen das Wissen mitgeben, um verantwortungsbewusste Entscheidungen für sich selbst zu treffen. Um das zu erreichen, fordern wir mehrere Ansätze.

- Wir fordern pro Schule eine Ansprechperson, die eine spezifische Ausbildung im Bereich Drogenaufklärung hat.
- Wir fordern schulinterne Drogenaufklärungskonzepte. Dabei sollen sich Schulen vom Bildungsministerium inspirieren lassen. Das Konzept soll an die Schulstufe angepasst sein und ab der siebten Schulstufe starten. Auf Basis dieser Konzepte sollen Schulen Förderungen für Workshops mit externen Expert:innen bekommen.

## Zentrale Mittlere Reife als Startschuss in ein mündiges Leben

Statt Schüler:innen in der Schule nur absitzen zu lassen, wollen wir sicherstellen, dass alle am Ende der Schulpflicht die nötigen Fähigkeiten haben, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dieser Prozess soll keine Qual sein, sondern eine stetige Lernkurve beinhalten. Am Ende der Schulpflichten sollen Fähigkeiten zählen und nicht abgesessene Jahre. Das oberste Ziel ist stets, mehr Freiheit im Leben zu ermöglichen und nicht, diese einzuschränken.

- Wir fordern die Einführung der Zentralen Mittleren Reife am Ende der Sekundarstufe I. Diese soll Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen abprüfen. Wir fordern, dass die Sekundarstufe I um ein weiteres Schuljahr verlängert wird, zu Lasten der Sekundarstufe II, um sie an die Schulpflicht anzupassen.
- Wir fordern, dass die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr an das Erwerben der Zentralen Mittleren Reife gekoppelt wird. Dabei soll es pro Schuljahr zwei Antrittsversuche geben.

## Demokratie und Transparenz

Schüler:innen sind mündige Bürger:innen, die ein Recht auf Wissen und Mitbestimmung haben. Demokratie und Transparenz dienen daher als die Basis für eine Schule, die auf ein Leben in Freiheit vorbereitet. Eine Schule von morgen bietet Mitbestimmung und Transparenz auf allen Ebenen.

## Schulinterne Schüler:innenbeteiligung

Mitbestimmung muss in der Schule selbst beginnen. Um Demokratie und Mitgestaltung bereits früh und im kleinen Rahmen leben zu können, braucht es die entsprechende Unterstützung.

- Wir fordern daher eine flächendeckende Umsetzung von schulinternen Schüler:innenparlamenten. Dafür müssen lokale Schüler:innenvertretungen die nötige Unterstützung seitens der Landesschüler:innenvertretungen und der Direktion erhalten.

## Allgemeines Wahlrecht für die Landesschüler:innenvertretungswahlen

Wir erkennen an, dass Schüler:innenpolitik in erster Linie in den Ländern passiert. Das ermöglicht es den angehenden Schüler:innenvertreter:innen, einen lokalen und damit neben den schulischen Leistungsanforderungen schulterbaren Wahlkampf zu führen. Doch es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen einer kleinen Minderheit vorbehalten ist! Eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und Stillstand.

- Wir fordern eine Ausweitung des LSV-Wahlrechts auf alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Damit der Fokus mehr auf Inhalten und nicht auf Freundschaften liegt, braucht es eine echte Listenwahl. Damit schaffen wir nichts Neues, sondern schreiben gelebte Praxis fest.

- Wir fordern die Schaffung einer echten Listenwahl. Einerseits sollen Organisationen Listen unter ihrem Namen aufstellen können, aber andererseits soll es auch möglich sein, mit eigenen, unabhängigen Listen kandidieren zu können, sofern die Liste bis zu einem vom Datum der Wahl abhängigen Stichtag bekanntgegeben wird.

## Aufwertung des Ö-SiP

Die Bundesschüler:innenvertretung ist das mächtigste Vertretungsgremium, aber zugleich am weitesten vom einzelnen Schüler:in entfernt. Es ist also gerade bei ihr extrem wichtig, dass wir eine echte demokratische Legitimation sicherstellen. Schüler:innen können neben der Schule aber nicht bundesweit Wahlkampf machen.

- Wir fordern eine Wahl der Bundesschüler:innenvertretung durch die im Ö-SiP versammelten Mitglieder der LSVen. Ihr Mandat endet automatisch mit der Konstituierung eines neuen Ö-SiPs. Ebenso kann das Ö-SiP jederzeit Mitglieder der BSV ersetzen.
- Um die Basis für die Arbeit der bundesweiten Schüler:innenvertretung zu schaffen, fordern wir, dass das Ö-SiP mindestens zwei Mal pro Schuljahr tagt. Die konstituierende Sitzung findet in der ersten Schulwoche des Jahres statt.

## Anfragerecht für jedes SiP

Macht ohne Kontrolle führt zu Machtmissbrauch. In dieser Kontrolle spielen die Schüler:innenparlamente eine Schlüsselrolle.

- Wir fordern ein umfassendes Anfragerecht an die LSV für jedes SiP. Das Ö-SiP soll ebenfalls über ein solches bei der BSV verfügen.

## Demokratisierung der Direktion

Oft haben Direktor:innen fast schon eine unabsetzbare Position, während die gesamte Schulgemeinschaft darunter leidet. Dieses Machtmonopol entspricht nicht unserer Vision einer demokratischen Schule. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus der Direktion. Direktionen dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

- Wir fordern eine anonymisierte und objektivierte Rekrutierung professioneller Direktionen.
- Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA mit einer 2/3-Mehrheit bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen.

## Schulvergleiche ermöglichen

Theoretisch gibt es eine ganz einfache Art Schulen zu vergleichen: Anhand der Ergebnisse, die sie liefern. Doch es kann nicht sein, dass nur Gerüchte über den Ruf einer Schule entscheiden. Hier müssen endlich belastbare Zahlen her, um den Schüler:innen und Eltern bei der Schulwahl zu helfen. Zusätzlich ermöglicht ein transparenter Index den zuständigen Stellen, gezielt Schulen sowohl personell als auch finanziell zu unterstützen.

- Wir fordern also eine jährliche Publizierung der erzielten Ergebnisse bei Reifeprüfungen jeder Schule Österreichs.

## Anonymisiertes Lehrer:innenfeedback

„Um Kritik zu vermeiden sage nichts, tue nicht, sei niemand“, sagte bereits Aristoteles. Ein:e Lehrer:in ist aber nicht niemand. Eine Lehrperson nimmt eine der wichtigsten Rollen in unserer Gesellschaft ein und sollte sich durchgehend weiterentwickeln. Tut sie dies bewusst nicht, muss das Konsequenzen haben.

- Wir fordern also, dass jede:r Schüler:in am Ende eines Semesters die Möglichkeit hat, die Lehrpersonen anhand eines anonymen Feedbacks zu bewerten. Fällt dieses in gewissen Themengebieten besonders schlecht aus, soll die:der Direktor:in das Recht haben, die Lehrperson auf Weiter- bzw. Fortbildungen zu schicken. Außerdem sollte es den Schüler:innen möglich sein, das Feedback einzusehen und mit der Lehrperson und auch eventuell mit dem:der Direktor:in darüber zu sprechen.

## Gläsernes Budget

Die Direktion entscheidet an allen Schulen über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Diese Budgetoffenheit sollte aber nicht nur in Schulen, sondern auch in der überschulischen Vertretung bestehen, deshalb fordern wir zusätzlich eine Budgetoffenlegung der BSV.

- Wir fordern, dass es allen Schüler:innen, das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Das Budget soll online ersichtlich sein und bei expliziter Nachfrage mit Belegen nachweisbar sein.
- Wir fordern, dass die Bundesschüler:innenvertretung ihre Einnahmen und Ausgaben auf ihrer Website offenlegt.